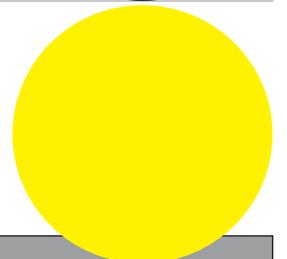
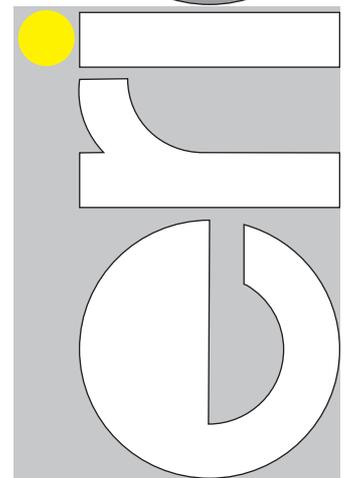
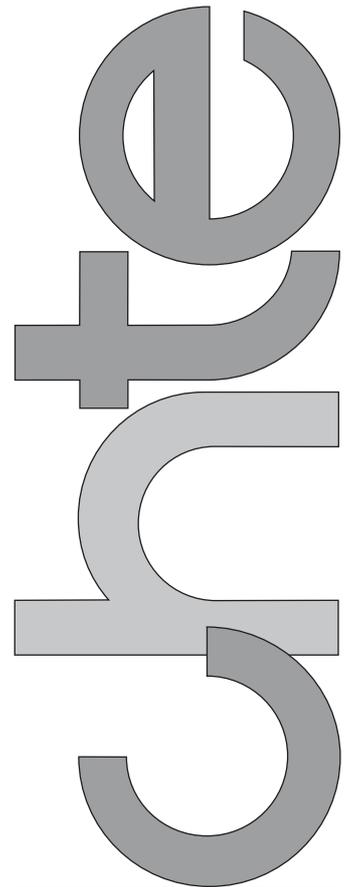
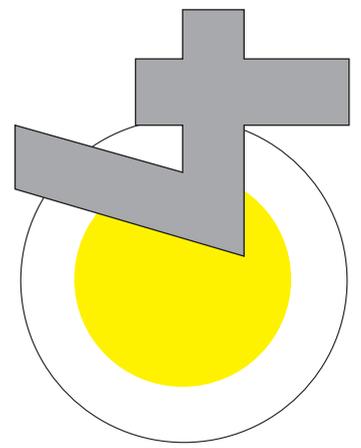




Deutsches Institut für Urbanistik

Inhalt:

- Nachhaltiger Umgang mit der Fläche – eine große Chance für die Städte 2
- Management des ÖPNV unter Wettbewerbsbedingungen 4
- netWORKS: Neuigkeiten aus dem Difu-Forschungsprojekt zu netzgebundenen Infrastruktursystemen 8
- Flächenrecycling – Projektmanagement und Marketingstrategien 10
- Städte und Stadtregionen für Planspiele zur Flächenkreislaufwirtschaft gesucht! 12
- Neue Seminarbegleitende Bibliographien erschienen 13
- Preisträger für „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ ausgezeichnet 14
- Tagung „Befreiung der Politik zu langfristigem Denken“ mit Bundespräsident Rau im Ernst-Reuter-Haus 16
- Berlin und Brandenburg: Kooperation oder Fusion? Difu-Kolloquium war gut besucht 18
- Großes Interesse an Difu-Beteiligung bei Langer Nacht der Wissenschaften 20
- Jugendhilfe-Jahrestreffen in Wiesbaden: Bildung, Migration und Jugendhilfe 23
- Impressum 23
- Bestellschein 24



Standpunkt

Nachhaltiger Umgang mit der Fläche – eine große Chance für die Städte



Thomas Preuß ist Wissenschaftler beim Deutschen Institut für Urbanistik

Fläche ist ein knappes Gut, um das unterschiedliche Nutzungen konkurrieren: Wohnen, Industrie und Gewerbe, Verkehrswege und Infrastruktureinrichtungen, Freizeit und Unterhaltung. Die Inanspruchnahme von Flächen vollzieht sich in einem komplizierten Wirkungsgefüge von (in)formellen Planungen, Bodenmärkten, kommunalem Standortwettbewerb, Gemeindefinanzierung, Demographie und regional variierenden Entwicklungsdynamiken.

Um die hohe Flächeninanspruchnahme von über 100 Hektar pro Tag zu bremsen, hat die Bundesregierung in ihrer 2002 beschlossenen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie flächenpolitische Ziele gesetzt:

- Reduzierung der Flächeninanspruchnahme bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag sowie
- Realisierung eines Verhältnisses von Innen- zu Außenentwicklung von 3 zu 1.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist eine große Chance, da sie auf die vielfältigen Probleme der Kommunen reagiert: wachsende Wohnflächenansprüche und demographischer Wandel, steigender Flächenbedarf von Handels- und Dienstleistungsbetrieben, gestiegene Mobilitätsbedürfnisse und Freizeitansprüche, wachsende Verkehrsströme zwischen Kernstadt und Umland, rascher Nutzungswandel, disperse Siedlungsentwicklung und Suburbanisierung, Einwohnerverluste und Segregation in den Kernstädten, zurückgehende Steuereinnahmen in den Kernstädten u.a.m.

Zur Erreichung der Flächensparziele ist ein Ressort übergreifendes Handlungsprogramm für die Verminderung der Flächeninanspruchnahme mit einem zeitlich abgestuften Vorgehen erforderlich.

Im Folgenden sollen einige Denkanstöße für die Debatte um das Flächensparen gegeben werden.

Flächenbewusstsein entwickeln und kommunizieren

Vielfach treffen die ambitionierten Ziele der Bundesregierung bei den Akteuren

aus Kommunen, Verbänden, aus der Immobilienwirtschaft, in Industrie, Gewerbe und Handel auf Zurückhaltung oder Ablehnung. Befürchtet werden Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung, in die wirtschaftliche Entwicklung und in die Verwirklichung individueller Wohnwünsche.

Das Argument, neue Flächenausweisungen für neue Einwohner und neue Unternehmen brächten stets finanzielle Vorteile, scheint ungebrochen, solange die bei unterschiedlichen Kostenträgern entstehenden Folgekosten für Erschließung und Infrastruktur bei Neubauvorhaben nicht internalisiert werden.

In den Kernstädten lassen sich viele Brachflächen nicht mobilisieren, zu groß ist oft die Konkurrenz auf der grünen Wiese. Auch bei einer abnehmenden Zahl von Einwohnern und Unternehmen müssen Städte weiterhin kommunale Infrastrukturen vorhalten und finanzieren.

Interkommunale oder regionale Kooperationen bei Flächenausweisungen werden häufig erst eingegangen, wenn das Ende der Flächenvorräte in Sicht ist. So entsteht eine scheinbare „Konfliktlinie“ zwischen Kernstädten sowie Umland- oder ländlichen Gemeinden, zwischen Verlierern und Gewinnern der momentanen Flächenpolitik. Dabei gleichen sich die jeweiligen Vor- und Nachteile der hohen Flächeninanspruchnahme für alle offenbar aus.

Bislang scheinen die Nachhaltigkeitsstrategie und ihre Ziele eher in Fachkreisen ein Thema zu sein, nicht jedoch bei der Vielzahl derjenigen Akteure, die vor Ort mit dem Flächengeschehen zu tun haben.

Der Dialog zum Thema Fläche sollte daher auf allen Ebenen mit Bürgerinnen und Bürgern, Forschungseinrichtungen, Wirtschaft, Gemeinden, Verbänden u.a.m. geführt werden. Hier kann auf den Erfahrungen des Rates für nachhaltige Entwicklung, des Boden-Bündnisses europäischer Städte, Kreise und Gemeinden und des Bündnisses für Flächensparen in Bayern aufgebaut werden.

Ebenso sollte die Informationsbasis hinsichtlich der tatsächlichen Flächennutzung und der Flächenpotenziale sowie zukünftiger Entwicklungstrends in den Kommunen verbessert werden, um kritikfeste Ziele für eine Minderung der Flächeninanspruchnahme formulieren zu können.

Rahmenbedingungen verändern: neuer Policy-Mix

Der Vorrang der Innenentwicklung vor der Neuausweisung von Bauflächen ist bei Planerinnen und Planern weitgehend akzeptiert. Zum Teil sind in den Städten erhebliche Bemühungen zur Mobilisierung von Baurechten, zur Nachverdichtung und zur Reaktivierung von Brachflächen zu erkennen. Diese Bemühungen haben angesichts der überlagernden Rahmenbedingungen allerdings nicht ausgereicht, die Flächeninanspruchnahme nachhaltig zu reduzieren.

Die für das Flächensparen kontraproduktiven Rahmenbedingungen, insbesondere der kommunale Finanzausgleich, die Grundsteuer, die Eigenheimförderung und Förderprogramme im Bereich Städtebau und Wirtschaft, sowie verschiedene Subventionen sind bekannt. In verschiedenen Modellvorhaben wurden einzelne instrumentelle Ansätze für ein Gegensteuern bereits erprobt, zahlreiche Reformvorschläge liegen auf dem Tisch. Für die Umsetzung der flächenpolitischen Ziele bedarf es daher eines geeigneten Policy-Mix. Rechtliche, planerische und fiskalische Instrumente sollen kombiniert werden, um Anreize zur Begrenzung des Flächenverbrauchs zu schaffen. Nur mit einem akzentuierten Instrumentenwechsel wird es möglich sein, eine quantitative und qualitative Steuerung der Flächeninanspruchnahme zu erreichen.

Innenentwicklung stärken – Nutzungskreislauf erreichen

Als Leitbild wird die Innenentwicklung bereits in vielen Städten angestrebt, neu dagegen ist der auf Bundesebene verfolgte umfassende Strategieansatz.

Die Menge der neu beanspruchten Fläche soll reduziert und gleichzeitig die Qualität und Effizienz der Flächennutzung gesteigert werden: durch eine Konzentration sowohl auf die Revitalisierung von Brachflächen als auch auf die Ausschöpfung von Ausbau-, Umnutzungs- und Wiedernutzungspotenzialen, durch Mobilisierung von Baulücken, durch Nachverdichtung und nachträgliche Nutzungsmischung sowie durch multifunktionale und intensive Flächennutzung.

Dabei sind zahlreiche Fragen zu klären:

- Wie lassen sich Potenziale der Innenentwicklung ausschöpfen, ohne ökologische Standortqualitäten wesentlich zu mindern?
- Wie können bereits vorgenutzte Flächen mittels neuer Nutzung in den Flächenkreislauf integriert werden?
- Wie lassen sich die Vorzüge der Kernstädte als Zentren von Kultur, Bildung und Handel mit den Qualitäten als Wohnstandort verknüpfen?
- Wie werden Ansiedlungsnachfragen durch eine ökologisch, ökonomisch und sozial sinnvolle Standortzuweisung stadtreional gesteuert?
- Wie können qualitativ vertretbare Dichten und Mischungen in der Flächennutzung erreicht werden?

Flächennutzung sollte also künftig nach dem Kreislaufgedanken in einem System von Planung, Nutzung, Nutzungsaufgabe, Brachliegen und Wiedereinbringung von Flächen erfolgen.

Impulse des Stadtumbaus nutzen

Der in vielen ostdeutschen Städten und in Teilen der alten Bundesländer zu verzeichnende Bevölkerungsrückgang bietet im Kontext des Flächensparziels erhebliche Chancen.

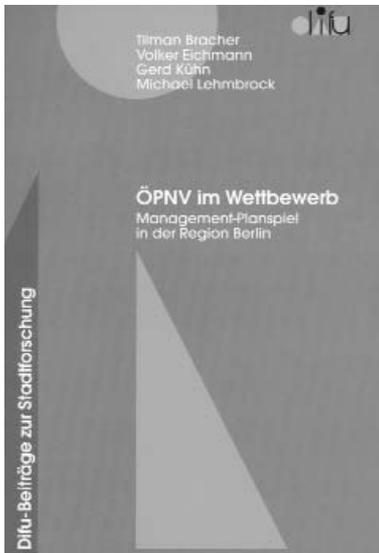
Der erforderliche Stadtumbau kann mit der Entdichtung komplexer Wohnungsbauvorhaben zur Aufwertung der Wohnstandorte beitragen, wobei künftig verstärkt kleinteilige Wohnbrachen im Altbaubestand berücksichtigt werden sollten. Die hierauf ausgerichteten Förderprogramme sind unverzichtbar und müssen fortgeschrieben werden. Gefragt sind z.B. Programme, die auch Industrie- und Militärbrachen für neue Nutzungen vorbereiten. Hierbei ist auch an Zwischennutzungen zu denken. Brachflächen, die sich für eine wirtschaftliche Nutzung dauerhaft nicht mehr eignen, sollten als Freiraum für Mensch und Natur zurückgewonnen werden.

Neubau auf Brachflächen, Umbau und Abriss vorhandener Gebäude sowie Erneuerungsmaßnahmen an vorhandenen Infrastrukturanlagen eröffnen die Möglichkeit eines erheblichen Investitionszuflusses. Zudem können Förderprogramme zur Stadterneuerung, Modernisierung und energetischen Sanierung des privaten und öffentlichen Gebäudebestands fortgeschrieben und aufgestockt werden und so spürbare Impulse für Baugewerbe und Handwerk geben.

Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de

Management des ÖPNV unter Wettbewerbsbedingungen

Ergebnisse des Management-Planspiels aus dem Raum Berlin



Attraktive öffentliche Verkehrsmittel sind ein wichtiges Element lebenswerter Städte – aus Gründen der Nachhaltigkeit, zur Daseinsvorsorge und als Teil der kommunalen Identität. Die Kommunen – und die Verkehrsunternehmen – stehen angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen vor der Aufgabe, den kommunalen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) so zu organisieren, dass er weiterhin und künftig noch besser zur Nachhaltigkeit in den Städten beitragen kann. Eine Projektgruppe des Difu hat im Rahmen des TELLUS-Programms der Europäischen Union dazu ein Planspiel über wettbewerbstaugliche Organisationsformen des ÖPNV im Raum Berlin veranstaltet.

Die künftigen Rahmenbedingungen für den ÖPNV werden vor allem durch Entscheidungen auf der europäischen Ebene geprägt. Sie lassen einen Übergang zum „kontrollierten Wettbewerb“ im ÖPNV erwarten, verbunden mit einer Liberalisierung und Privatisierung des ÖPNV-Markts.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 24.7.2003 zum Thema „Beihilfen für den ÖPNV“ hat viele Kommunen beunruhigt. ÖPNV-Leistungen müssen demnach, soweit sie von Verkehrsbetrieben nicht eigenwirtschaftlich erbracht werden, grundsätzlich im Wettbewerb vergeben werden. Die bereits seit 1969 gültige EU-Verordnung 1191/69, nach der bezuschusster ÖPNV als nicht „eigenwirtschaftlich“ gilt, muss umgesetzt werden. Der EuGH hat allerdings ein Schlupfloch für die sogenannte „marktorientierte“ Direktvergabe gelassen, allerdings nur unter Beachtung von vier fest vorgegebenen Kriterien. Das begünstigte Verkehrsunternehmen muss zuvor mit einer klar definierten Verkehrsleistung betraut worden sein, die Beihilfe muss im Voraus, objektiv und transparent ermittelt worden sein und Überkompensation ist verboten. Mit Spannung wird erwartet, wie und wann die Städte als Aufgabenträger, die deutschen Gerichte oder der Gesetzgeber das EuGH-Urteil umsetzen.

Die rechtliche Diskussion wird auf der nationalen und lokalen Ebene zusätzlich von der Krise der Kommunalfinzen überla-

gert. Öffentliche Verkehrsmittel werden in hohem Maße aus kommunalen und staatlichen Mitteln bezuschusst, und die Notwendigkeit, öffentliche Mittel effizienter einzusetzen, ist unumstritten. Erfahrungsgemäß sind private Verkehrsbetriebe oft preiswerter als öffentliche Unternehmen, auch bei Berücksichtigung unterschiedlicher Qualitäten und Leistungstiefe. Das Lohnniveau im privaten Gewerbe liegt deutlich niedriger als im öffentlichen Dienst und hat im ÖPNV entscheidenden Einfluss auf die Kostenstruktur der Unternehmen.

Planspiel

Ziel des Planspiels war es, sich im Kontext der grundlegenden Änderungen des ÖPNV-Marktes auf die Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs in Berlin vorzubereiten. Das Werkzeug eines Planspiels wurde genutzt, um die Diskussion über optimale Strukturen im Berliner ÖPNV zu eröffnen. Hier geht es darum, ein qualitativ hochwertiges ÖPNV-Angebot zu schaffen, die Erreichbarkeit der am Stadtrand gelegenen Bereiche zu erhalten und zu verbessern, um die Schaffung eines leistungsfähigen Wettbewerbs sowie die Sicherung intramodaler, intermodaler und regionaler Integration des ÖPNV-Angebots.

Planspieler waren stellvertretende Akteure mehrerer öffentlicher und privater Verkehrsbetriebe, von Behörden, Fahrgästen und Organisationen der Management-Ebene. Die Planspieler vertraten dabei die jeweiligen Interessen ihrer Institution. Anliegen und Gegenstand dieses Spiels war die zukünftige Situation der öffentlichen Transportmittel in Berlin unter Wettbewerbsbedingungen. Dieses Ziel ist angesichts des unsicheren Gesetzesrahmens nicht absolut eindeutig und wurde überdies durch Änderungen beeinflusst, die erst während des Spiels eintraten. Weil das Thema sehr kompliziert ist und auch die Akteure nur begrenzte Zeit hatten, wurde das Planspiel in Werkstätten zu vier Schwerpunktthemen eingeteilt. Das Planspiel wurde mit einer Präsentation der Ergebnisse vor Repräsentanten des Senats von Berlin und des Abgeordnetenhauses abgeschlossen.

Ergebnisse

Die Diskussion der Veränderungen und der damit verbundenen Chancen und Risiken zeigt, dass die einzelnen Akteure in ihren verschiedenen Rollen zwar einige Fragen einheitlich beurteilen, teilweise aber auch erhebliche Unterschiede bezüglich der Frage der Privatisierung und Zukunft der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und der S-Bahn GmbH sehen. Im Ergebnis des Planspiels zeichnet sich daher keine einheitliche Vorstellung der künftigen Entwicklung ab. In vielen Punkten wurde jedoch deutlich, welche Fragen sich stellen werden und wo politischer Entscheidungsbedarf besteht.

Eine Privatisierung des ÖPNV bietet aus kommunaler Sicht Chancen auf sinkende Kosten, betriebliche Effizienz und Zugang zu externem Know-how. Für neue, preiswerte und effiziente Unternehmen werden sich Chancen bieten, im Berliner Verkehrsmarkt ÖPNV-Leistungen anzubieten. Insgesamt können damit Leistungsverbesserungen und Kostenreduzierungen erreicht werden.

Die bisherigen Oligopolisten (BVG und S-Bahn) müssen befürchten, in Berlin Marktanteile zu verlieren. Die Gegner einer Liberalisierung sehen weiterhin die Gefahr, dass private ÖPNV-Unternehmen den Gemeinwohlaufrag nicht im Blick haben, bestehende Tarifverträge unterlaufen und lokale Arbeitsplätze gefährdet sind. Zudem könnte der Wettbewerb zwischen den Unternehmen zur Desintegration des bisher innerhalb Berlins und in der Region integrierten ÖPNV-Angebots führen und damit auch gegenüber heute schlechtere Qualität bedeuten.

Die Aufgabe sicherzustellen, dass zahlreiche konkurrierende ÖPNV-Anbieter ein integriertes Angebot aufrechterhalten, wird auf jeden Fall in Zukunft in erster Linie beim Aufgabenträger liegen. Er gibt durch den Nahverkehrsplan und die Verkehrsverträge vor, wann, wo und in welcher Qualität ÖPNV angeboten wird. Klar wurde, dass die zur regionalen Integration innerhalb der Region Berlin-Brandenburg erforderliche Koordination der verschiedenen benachbarten Aufgabenträger verbessert werden muss.

Offen blieb auch die Frage, auf welche Art und Weise Verkehrsleistungen am besten vergeben werden sollten. Soll man die Leistungen seitens des Aufgabenträgers eher konstruktiv oder funktional beschreiben, also eher auf die Planungsqualität der Verwaltung vertrauen oder auf Innovationsfreude und den Handlungsspielraum der Verkehrsbetriebe? Dabei stellen sich vergaberechtliche Fragen und die Frage

nach der Bemessung des Zuschusses durch die Vertragsform (Bruttovertrag, Nettovertrag, Anreizvertrag).

Juristische Kompetenz wird zum Erfolgsfaktor für das „Geschäft“ des Aufgabenträgers – für die Leistungsbeschreibung und die Vertragsbeziehungen zwischen Aufgabenträger und Verkehrsbetrieb sowie für Qualitätssicherung und Abrechnung. Ein erster wichtiger Entscheidungskomplex betrifft also den Bereich des kommunalen Aufgabenträgers des ÖPNV. Zur Steuerung und Integration des ÖPNV-Angebots kommen auf den Aufgabenträger wichtige und neuartige Aufgaben zu. Wie organisiert sich der Aufgabenträger selbst, und in welcher Form wird er künftig Verkehrsverträge vergeben und steuern? Welche der bisherigen Aufgaben der Verkehrsbetriebe werden dann beim Aufgabenträger liegen? Was sind öffentliche Aufgaben, was unternehmerische? Welche Aufgaben werden extern vergeben? Kann die Vorhaltung der Infrastruktur im Querverbund der Stadtwerke bleiben und den steuerlichen Querverbund nutzen? Wer kümmert sich künftig um Regie und Management des ÖPNV? Wer besitzt und betreibt die Infrastruktur, wer erbringt Dienstleistungen wie Marketing, Angebotsplanung, Vertrieb, Festlegung des Tarifs, Einnahmeverteilung und Controlling? Welche Organisationen werden für die jeweiligen Aufgaben benötigt, und wie werden sie finanziert? Woher bekommt die Verwaltung die für die anspruchsvollen und neuen öffentlichen Aufgaben benötigten Mitarbeiter?

Ein zweiter Entscheidungskomplex betrifft die Zukunft der vorhandenen Verkehrsunternehmen, und in Berlin insbesondere



Was wird sich ändern?



die kommunale BVG (vgl. Abb. unten). Da die Kosten der potenziellen Wettbewerber derzeit deutlich niedriger sind, stehen BVG und S-Bahn GmbH unter erheblichem Sanierungsdruck. Dabei sind die Interessen der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter nicht unbedingt identisch mit den Interessen der Fahrgäste und der Kommune. Soweit die Erlöse der Unternehmen nachfrageunabhängig sind und aus öffentlichen Zuschüssen stammen, kann bei den Unternehmen das Interesse am Kostensparen höher liegen als das an der Gewinnung neuer Fahrgäste durch ein qualitativ und quantitativ hochwertiges ÖPNV-Angebot oder an der Erfüllung des Nahverkehrsplans. Die Abbildung dokumentiert die dabei wichtigen Fragen und Optionen.

Insgesamt erweist sich die Neuordnung des ÖPNV als eine komplexe politische Steuerung, bei der zahlreiche Fragen abzuwägen und zu entscheiden sind. Die Entscheidungen betreffen das kommunale Selbstverständnis und die Frage, inwieweit die Kommune kommunale Aufgaben des ÖPNV künftig selbst noch durchführen oder lediglich steuern soll, wie der kommunale ÖPNV unter schwierigen Rahmenbedingungen verbessert und finanziert werden kann und welche Weichen für die Zukunft der vorhandenen Verkehrsbetriebe BVG und S-Bahn und ihre Mitarbeiter gestellt werden.

Szenarien

Szenarien ermöglichen die Darstellung von Abhängigkeiten innerhalb vorstellbarer Entwicklungsstränge. Zwei Szenarien beschreiben Entwicklungen vor dem Jahr 2015 und den 2015 erreichten Stand. Sze-

narien erlauben die Zukunft oder verschiedene Alternativen von Zukunft unabhängig vom Status quo „zu denken“.

In den beiden Szenarien „ÖPNV Berlin 2015“ werden grundlegende Schritte und künftige Strukturen skizziert. Dabei werden u. a. Fragen der künftigen Organisation, der Qualitätssicherung, der Finanzierung und der wettbewerblichen Gestaltung berücksichtigt.

Der Handlungsrahmen wird durch folgende Punkte gesetzt:

- Kontrollierter Wettbewerb im ÖPNV ist die wahrscheinlichste Variante der zukünftigen Entwicklung (Umstellung auf Besteller-Ersteller-Verhältnis).
- Der Aufgabenträger hat künftig wahrscheinlich eine wichtige Rolle (Gestaltung und Bestellung von Leistungen etc.).
- Eher unwahrscheinlich ist die Auftragsvergabe des Gesamtnetzes.
- Aufgaben der Integration werden bislang zu großen Teilen von BVG und S-Bahn erbracht. Auch künftig besteht ein aus Kundensicht hoher Integrationsbedarf, wenn es bei einem einheitlichen ÖPNV-Angebot bleiben soll.
- Berlin benötigt zwischen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen eine Regie- und Bestellebene.
- Es besteht der Wille zur Länderfusion von Berlin und Brandenburg.



- Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) bleibt für die lokale und regionale Integration in Berlin-Brandenburg erforderlich, verantwortet Verbundtarif und Einnahmeaufteilung, bestellt Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und regionalen öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV.)
- Die BVG muss sich auf den neuen Rechtsrahmen strategisch ausrichten. Im Jahr 2007 laufen wichtige Finanzierungs- und Konzessionsgrundlagen der BVG aus.
- Der begonnene Wettbewerb im SPNV betrifft auch die Berliner S-Bahn.
- Die Finanzkrise in Berlin (und Brandenburg) wird den Druck zur Kostensenkung im ÖPNV erhöhen.

Szenario A führt als Weg des starken Aufgabenträgers und der strategisch orientierten Entscheidungen hin zum Jahr 2015 – zu einem ÖPNV-Markt mit kleinen Unternehmen. Diese benötigen aber eine solide Koordination und Steuerung im Interesse des Gemeinwohls. Eine eigenständige und kompetente Regie- und Management-Ebene muss daher für eine Integration des Angebots und der Anbieter sorgen. Ein Weg der Mittelstandsförderung dürfte also eher zu Szenario A führen. Ein integriertes ÖPNV-Angebot ist weitgehend von einem guten Management des Aufgabenträgers und seiner Beauftragten abhängig. Über den ÖPNV hinausgehende verkehrspolitische Ziele und die Integration von Stadt- und Verkehrsentwicklung haben verbesserte Umsetzungschancen.

Szenario B sieht im Ergebnis einen Berliner ÖPNV-Markt, den einige europäische Großbetriebe weitgehend unter sich aufgeteilt haben. Die Steuerung erfolgt weniger durch den Senat als im Wettbewerb der großen Anbieter um Zuschüsse und Fahrgäste. Für das Szenario sind eine bewusste Zurücknahme des Aufgabenträgers auf Rahmenvorgaben kennzeichnend und das Bemühen, den bestehenden Verkehrsunternehmen eine organische Entwicklung ins Jahr 2015 zu ermöglichen. Zugleich ist damit der Anspruch verbunden, dass die notwendige Integration der ÖPNV-Angebote innerhalb der Unternehmen geleistet wird.

Fazit

Der neue Band in der Reihe „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“ zeigt am Beispiel des ÖPNV in der Region Berlin, wie die in dieser Situation leicht entstehende gegenseitige Blockade der Akteure überwunden werden kann. Zu diesem Zweck führte das

Elemente des geplanten Budgets für den öffentlichen Verkehr in Berlin, in Millionen Euro				
Einkommensquellen für den öffentlichen Verkehr in Berlin	2001	2002	2003	2004
Fahrausweise	588	621	639	660
Bundeszuschüsse für den Schienenpersonennahverkehr	232	232	232	232
Landeszuschüsse für die BVG	420	420	420	420
Landeszuschüsse für Schüler und Behinderte	84	99	96	97
Betriebsmittel	1324	1373	1388	1409
Investitionen für die Infrastruktur (Bundes- und Landesmittel)	112	125	138	175
Gesamt	1437	1498	1526	1584

Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Nahverkehrsplan des Landes Berlin, Fortschreibung 2000/2001 und 2004.

Deutsches Institut für Urbanistik 

Deutsches Institut für Urbanistik ein Planspiel durch, dessen Schwerpunktthemen „Nahverkehrsplan“, „Organisation des ÖPNV unter Wettbewerbsbedingungen“, „Ausschreibung und Vertrag“ sowie „Controlling und Qualitätsmanagement“ für die Gestaltung eines zukunftsfähigen ÖPNV von zentraler Bedeutung sind.

Ausgangsbedingungen, Verlauf und Ergebnisse des Planspiels sowie sich daraus ableitende Zukunftsszenarien sind in dem Band ausführlich dargestellt. Darüber hinaus bietet das im Anhang dokumentierte Planspielinstrumentarium die Möglichkeit, sich mithilfe dieser Methode auch andernorts auf die grundlegenden Änderungen des ÖPNV-Marktes vorzubereiten.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Michael Lehmbrock
Telefon: 030/39001-252
E-Mail: lehmbrock@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

netWORKS-Nachrichten

Neuigkeiten aus dem Difu-Forschungsprojekt zu netzgebundenen Infrastruktursystemen

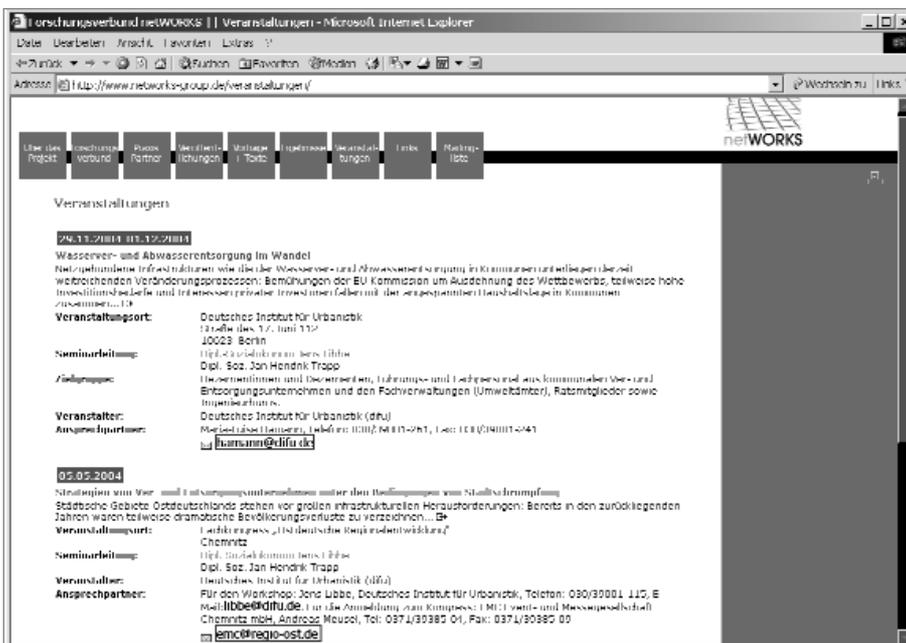


Im Forschungsverbund netWORKS ist inzwischen die Halbzeit zum Thema „Sozial-ökologische Regulation netzgebundener Infrastruktursysteme“ erreicht. Wenige Wochen vor diesem Datum fand in Hannover ein so genannter Meilenstein-Workshop statt. Eingeladen waren die Vertreter der Praxispartner-Städte, die Mitglieder des begleitenden Praxisbeirats sowie einige externe Gutachterinnen und Gutachter aus der Wissenschaft. Im Zentrum der Diskussionen standen die Zwischenberichte der Kooperationspartner. Die Gutachterinnen und Gutachter bewerteten Fülle und Qualität des Materials sehr positiv und konnten für die weitere Bearbeitung zahlreiche wertvolle Hinweise geben. Auf dieser Basis werden die Berichte in den nächsten Monaten fertiggestellt und veröffentlicht.

Einige der bereits veröffentlichten Arbeiten sind inzwischen auch in englischer Sprache erhältlich. Hierzu gehört die vom Difu erstellte sektorale Bestandsaufnahme zum ÖPNV (Network-Related Infrastructures under Pressure for Change - Sectoral Analysis Public Transport by Tilman Bracher and Jan Hendrik Trapp, Berlin 2003, netWORKS-Papers, No. 3. Sämtliche Veröffentlichungen können kostenlos von der Web-Page <http://www.networks-group.de/en/veroeffentlichungen/> herunter geladen werden.)

Die Potenziale des Benchmarking als Instrument einer Reformierung der Wasserwirtschaft sind noch nicht ausgeschöpft. Zu diesem Ergebnis kamen Vertreter aus Unternehmen, Kommunen, Verbänden und des Umweltschutzes sowie Unternehmensberater und Wissenschaftler im Rahmen eines im Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) durchgeführten Symposiums zu „Benchmarking – Konzepte in der Wasserwirtschaft“. Während Verbands- und Unternehmensvertreter an der Forderung nach einem freiwilligen und vertraulichen Benchmarking festhielten, wurde von der wissenschaftlichen Seite die Öffnung nach außen eingefordert. Die Unterschiedlichkeit der auf der Tagung vertretenen Positionen macht deutlich: Wenn Benchmarking ein wesentlicher Teil der Modernisierungsstrategie in der Wasserwirtschaft sein soll, muss Einigkeit über die Zielsetzungen ausgehandelt werden, bevor die Diskussion über das Instrument Benchmarking sinnvoll geführt werden kann. Insbesondere die Kommunen sollten sich an diesem Prozess beteiligen, um ihrem Auftrag als Träger der Wasserversorgung gegenüber dem Bürger gerecht zu werden.

Im Rahmen des Fachkongresses „regio ost – Perspektiven Ostdeutscher Kommunen bis 2020“ führte netWORKS, vertreten durch das Difu, einen Workshop zum Thema „Strategien von Ver- und Entsorgungsunternehmen unter Bedingungen der Stadtschrumpfung“ durch. Professor Matthias Koziol von der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus (Lehrstuhl für Stadttechnik) präsentierte Zwischenergebnisse des Forschungsverbundes aus stadttechnischer Sicht. Im Zentrum seines Referats standen Szenarien demographischer Entwicklung in ausgewählten ostdeutschen Kommunen und die Veränderungen weiterer Randbedingungen (z.B. neue technische Optionen, Sinken des Wasserverbrauchs pro Einwohner, Suburbanisierung), durch welche die Auslastung netzgebundener Infrastruktursysteme zum Teil zurückging. Koziol machte deutlich, dass mittlerweile Netzteile in einigen ostdeutschen Kommunen an die Grenze ihrer technischen Funktionsfähigkeit gekommen seien. Dies gelte im Besonderen für die ökonomische Tragfähigkeit von Ver-





und Entsorgungsnetzen, die aufgrund ihres hohen Fixkostenanteils unter Bedingungen der Stadtschrumpfung und eines Verbrauchsrückgangs in eine „Fixkostenfalle“ tappten. Bisher verfolgte Strategien und Philosophien der Ver- und Entsorgung seien daher zum Teil zu überprüfen, so Koziol.

Als zweiter Referent schilderte Wolfgang Wollgam, langjähriger Geschäftsführer der Lausitzer Wasser GmbH & Co.KG und amtierender Vizepräsident der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW), aus Sicht eines Ver- und Entsorgungsunternehmens Strategien für den Umgang mit Schrumpfung- und Stadtumbauprozessen. Er verwies darauf, dass es keine pauschalen Empfehlungen geben könne, sondern dass im konkreten Fall für einzelne Städte zukunftsfähige Strategien gemeinsam zwischen Kommune, Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie Wohnungswirtschaft entwickelt werden müssten. Problematisch sei, dass es im Rahmen von Stadtumbau-Programmen bisher zwar eine Förderung für die Wohnungswirtschaft gebe, Ver- und Entsorgungsunternehmen jedoch nicht an den von der öffentlichen Hand bereitgestellten Mitteln partizipieren. Eine derartige Förderung sei aber notwendig, da die Unternehmen die mit den Herausforderungen verbundenen Kosten aus sozialen und politischen Gründen nicht an die Kunden weitergeben könnten. In der sich anschließenden Diskussion wurde ebenfalls

Druck auf die Politik angemahnt, auch Ver- und Entsorgungsunternehmen über Stadtumbau-Mittel in den Genuss einer finanziellen Unterstützung kommen zu lassen. Zudem wurde auf die herausragende Bedeutung der Rolle der Kommunen als Moderator und Steuerer in Stadtumbauprozessen hingewiesen. Hier sei es dringend geboten, dass auf kommunaler Seite genügend Personal bereitgestellt wird, das auch über die entsprechenden Kompetenzen und Fähigkeiten verfügt. Stadtumbauprozesse könnten nur als „integrierte Konzepte“ und unter Einbindung aller relevanten Akteure vor Ort erfolgreich und zukunftsfähig gestaltet werden.

Die Arbeit des Forschungsverbunds netWORKS wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Schwerpunktes „Sozial-ökologische Forschung“ gefördert. Ergebnisse sind im Internet unter

<http://www.networks-group.de/>

dokumentiert. Hier wird auch eine umfangreiche Material- und Linksammlung zu den Themenbereichen Infrastruktur, öffentliche Daseinsvorsorge, Privatisierung usw. angeboten. Diese enthält wichtige nationale und EU-Dokumente sowie weitere nationale und internationale Hinweise, Informationen und Papiere:

<http://www.networks-group.de/links/>.

Weitere Informationen:

**Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt
Jens Libbe**
Telefon: 030/39001-115
Telefax: 030/39001-241
**E-Mail:
networks@networks-group.de**

Flächenrecycling – Projektmanagement und Marketingstrategien

Strategien, Instrumente und Fallbeispiele aus den USA und Deutschland



Deutsch-amerikanische Forschungs- kooperation

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die United States Environmental Protection Agency (US EPA) starteten 1990 eine bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Altlastensanierung. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit gibt es eine Serie von sechs Workshops, von denen die zweite Veranstaltung in der Reihe „Difu-Materialien“ dokumentiert ist.

Die jetzige Phase III der deutsch-amerikanischen Forschungskoooperation steht unter der Überschrift „Nachhaltige Ressourcenschonung – Flächenmanagement und Flächenrecycling – Sustainable Resource Conservation – Land Management/Site Recycling“.

Da die Kommunen sowohl in den USA als auch in Deutschland eine Schlüsselrolle für eine stärkere Umsetzung des Flächenrecyclings spielen, besteht ein wesentlicher Baustein des transatlantischen Lernprozesses im Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen amerikanischen und deutschen Wissenschaftlern, vor allem aber auch kommunalen Praktikern im Hinblick auf geeignete Strategien und Instrumente des Flächenrecyclings.

Dokumentation eines bilateralen Workshops in Saarbrücken

Der am 7. und 8. Mai 2003 in Saarbrücken durchgeführte zweite Workshop behandelte das Thema „Towards Competitive Brownfield Redevelopment – Project Management and Marketing Strategies“ (Auf dem Weg zu wirtschaftlichem Flächenrecycling – Projektmanagement und Marketingstrategien). Im Zentrum standen Informationen über die in den USA und in Deutschland angewandten Strategien und Instrumente, die für Brownfield Redevelopment/Flächenrecycling einsetzbar sind.

Die Dokumentation, die umfangreiche übersetzte Texte und Diskussionsbeiträge sowie englischsprachige Vortragsfolien umfasst, enthält Beiträge US-amerikani-

scher und deutscher Experten über Management- und Marketingansätze, die ein erfolgreiches Flächenrecycling ermöglichen.

Projektmanagement – flächenbe- zogene und strategische Ansätze

Im ersten Teil der Dokumentation wird von deutscher Seite ein Ansatz für die Integration von Managementkonzepten für Brachflächen in ein regionales Konzept zur Entwicklung komplexer Wirtschaftsstandorte beschrieben. Thematisiert wird die Verzahnung eines Masterplans für Stadtentwicklung mit einem Operationsplan zur Sanierung in Zusammenarbeit mit der Umweltbehörde. Des Weiteren wird dargelegt, wie durch einen revolvierenden Risikofonds die Sanierung finanziell abgesichert wurde.

Ein weiterer Beitrag zeigt, wie die Wiedernutzung zahlreicher Brachflächen in einer Stadt mit Hilfe eines flächenspezifischen Informationssystems koordiniert werden kann, indem ein zentraler Abgleich von Brachflächenpotenzialen und Neuansiedlungsvorhaben erfolgt. Ein System aus zahlreichen Variablen bildet dabei die Basis für die Erarbeitung von Eignungsprofilen für Einzelflächen mit dem Ziel einer zukünftigen industriellen oder gewerblichen Wiedernutzung. Diese Informationen sind für Investoren direkt einsehbar, die auf der Suche nach einem geeigneten Standort sind.

Von amerikanischer Seite wurde erläutert, in welchen Schritten bei der Sanierung und Wiedernutzung einer großen Brachfläche Bürger, Behörden und Investoren während des gesamten Vorhabens eng eingebunden werden können. Dies ermöglicht ein zeitlich effektives Management der Abläufe, z.B. durch die gleichzeitige Entwicklung des Sanierungs- und Wiedernutzungsplans.

Ein weiteres Thema in diesem Block ist die Umsetzung einer städtischen Brachflächenstrategie mit eigens eingerichteten städtischen Erneuerungsgebieten („Urban Renewal Areas“). Positive Rahmenbedin-

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

gungen bestanden durch die Einrichtung einer politisch unabhängigen Organisationsstruktur sowie durch die Kombination von Finanzierungsinstrumenten, z.B. des Tax Financing und des Verkaufs von Anleihen, die zu einer Art revolvierendem Kreditfonds für zukünftige Wiedernutzungsprojekte kombiniert wurden.

Marketing und Projektentwicklung

Sowohl in den USA als auch in Deutschland wird Brachflächenmarketing als Marketing für die Immobilienentwicklung verstanden. Zugleich sind für ein erfolgreiches Marketing privatwirtschaftliche und öffentliche Interessen geschickt miteinander zu verknüpfen. In beiden Ländern werden originelle Marketingstrategien als wichtigster Faktor für den Erfolg von Brachflächenprojekten angesehen, da solchen Standorten häufig ein negatives Image anhaftet. Daher konzentriert sich der zweite Teil der Dokumentation auf das Marketing beim Flächenrecycling.

Nach den Erfahrungen deutscher Experten kommt es auf die öffentliche Darstellung der Einzigartigkeit eines Projekts und seiner spezifischen Chancen an, also auf den besonderen Charakter eines Standortes, seinen Gebäudebestand und seine Lage. Eine zentrale Rolle kommt hierbei einer soliden Marktanalyse am Beginn des Projekts zu, die auf Daten zu Angebot und Nachfrage am Markt, zu den Wettbewerbern und zur Zielgruppe basiert. Eine stärkere Identifikation mit dem Gelände und dem Projekt kann u.a. durch die Schaffung eines sozialen Netzwerks mit Events, Informationsveranstaltungen erreicht werden. Stigmen aus der industriellen Nutzung eines Standorts in der Vergangenheit werden überwunden, indem Brachflächen unter einem positiven Image neu vermarktet werden.

Von US-amerikanischer Seite werden Probleme und Möglichkeiten des Marketings für die wirtschaftliche Nachnutzung einer Altlastenfläche dargestellt. Als zentral hat sich hierbei der Aufbau von Kontakten und eines sozialen Netzwerks erwiesen, um Akzeptanz für ein Projekt zu erreichen. Dabei bedarf es gegenüber den Anwohnern einer klaren, transparenten und ehrlichen Kommunikation. Gegenüber Politikern und Bürgern gilt es den Sinn und den Vorteil einer Wiedernutzung zu vermitteln. Dabei helfen positive Botschaften, wie etwa die Einrichtung von Arbeitsplätzen an einem alten Standort.

Praxiserfahrungen aus Flächenrecycling-Projekten

In den Beiträgen dargestellte Erfahrungen aus US-amerikanischen sowie deutschen Fallstudien („Case Studies“) und Beispielen

verdeutlichen die konkreten Vorgehensweisen beim Management und Marketing von Flächenrecycling-Projekten. Hierbei schildern Praktiker Lösungsansätze aus verschiedenen US-amerikanischen und deutschen Städten und Regionen wie Rudolstadt-Schwarza (Thüringen), Trenton (New Jersey), Leipzig (Sachsen), Portland (Oregon), Freiburg (Baden-Württemberg), Saarbrücken (Saarland) und Ridgefield (Washington).

Aus der Dokumentation geht hervor, dass der zweite deutsch-amerikanische Workshop eine Reihe von interessanten Management- und Marketingansätzen aufzeigte, deren Übertragbarkeit und Anwendbarkeit genauer geprüft werden sollten. Flächenrecycling als Teilstrategie zur Revitalisierung der Städte erfordert ein effizientes und zugleich Kosten sparendes Projektmanagement, wobei technische, planerische, finanzielle und organisatorische Aspekte eng miteinander zu verknüpfen sind. Insbesondere die Schaffung einer geeigneten privaten, öffentlichen oder halböffentlichen Struktur hat wesentlichen Einfluss auf die Gewinnung von Investoren und die Unterstützung von Flächenrecyclingprojekten seitens der kommunalen Entscheider sowie der auf verschiedenen Ebenen zu beteiligenden Genehmigungsbehörden.

Gelungene Marketingstrategien schließlich sind der Schlüssel für die erfolgreiche Akquise von ansiedlungswilligen Unternehmen. Erfolgreiches Marketing vermag die Besonderheiten alter Flächen und ihrer Geschichte herauszustellen und auf dieser Basis konkrete Perspektiven für neue Nutzungen zu vermitteln.



Fallbeispiel aus den USA: Revitalisierung einer ehemaligen Bahnbrache in Portland, Oregon
Foto: Bruce Allen

Inhouse-Angebote

Das Difu bietet im 2. Halbjahr 2004 für Difu-Zuwanderstädte folgende Themen an, die von diesen als Inhouse-Veranstaltungen „gebucht“ werden können:

Korruption und deren Bekämpfung in den Kommunen

Kontakt und Information:
Dr. Paul von Kodolitsch
Telefon: 030/39001-272
E-Mail: kodolitsch@difu.de

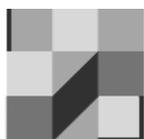
Fragen zur Einzelhandelsentwicklung in den Städten

Kontakt und Information:
Dr. Gerd Kühn
Telefon: 030/39001-255
E-Mail: kuehn@difu.de

Da die Kapazitäten begrenzt sind, ist eine frühzeitige Interessenbekundung erforderlich.

Städte und Stadtregionen für Planspiele zur Flächenkreislaufwirtschaft gesucht!

Bewerbungsschluss 13. August 2004



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Fläche
im
Kreis



Vollständige Bewerbungsunterlagen sind bitte bis zum **13. August 2004** per Post einzureichen an:

Deutsches Institut für Urbanistik,
Forschungsgruppe „Fläche im Kreis“
Straße des 17. Juni 112,
10623 Berlin

Detaillierte Informationen sowie
Bewerbungsunterlagen sind unter
www.flaeche-im-kreis.de sowie
unter www.bbr.bund.de abrufbar.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de

Dipl.-Ing. Ulrike Meyer
Telefon: 030/39001-270
E-Mail: meyer@difu.de

Maria-Luise Hamann (Sekretariat)
Telefon: 030/39001-261
E-Mail: hamann@difu.de

Im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung schreibt das Deutsche Institut für Urbanistik im Rahmen des Forschungsvorhabens des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) „Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung – Fläche im Kreis“ die Beteiligung an Planspielen zur städtischen/stadtregionalen Flächenkreislaufwirtschaft aus.

Ziel des Projekts ist es, im Rahmen von Planspielen Lösungsansätze zur Umsetzung der flächenpolitischen Ziele des Bundes in Form einer städtischen oder stadtregionalen Flächenkreislaufwirtschaft zu ermitteln.

Gesucht wird ein geeigneter Policy-Mix, mit dem bei unterschiedlichen Rahmenbedingungen in einer Kombination aus rechtlichen, planerischen und ökonomischen Instrumenten die in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verankerten Ziele zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme auf 30 Hektar je Tag und der vorrangigen Innenentwicklung (Verhältnis von Innen- zu Außenentwicklung = 3:1) und zur Qualifizierung der Siedlungsentwicklung bis zum Jahr 2020 erreicht werden können.

Dabei knüpfen die Planspiele an konkreten Problemlagen der Städte/Stadtregionen wie Suburbanisierung, disperse Siedlungsentwicklung, Verknappung von Fläche, Brachfallen von Flächen, sozialräumliche Segregation, sinkende Steuereinnahmen bei hohen Infrastrukturkosten und wachsende Verkehrsströme zwischen Kernstadt und Umland an.

Die Durchführung der Planspiele ist im Zeitraum Dezember 2004 bis Juni 2006 vorgesehen.

In geschlossenen Workshops sollen insgesamt drei Planspiel-Varianten durchgespielt werden, die Workshops werden von der Forschungsgruppe vorbereitet und vor Ort moderiert:

- **Planspiel I** – Status quo: Mittelfristige Strategie der Flächenkreislaufwirtschaft unter aktuellen Rahmenbedingungen – Zeithorizont 2010.
- **Planspiel II** – Innovativer Instrumenteneinsatz zur Steuerung von Wachstumsprozessen: Langfristige Strategie der Flächenkreislaufwirtschaft unter den Bedingungen eines akzentuierten Instrumentenwechsels – Zeithorizont 2020.
- **Planspiel III** – Innovativer Instrumenteneinsatz zur Steuerung von Umbau- und Rückbauprozessen: Langfristige Strategie der Flächenkreislaufwirtschaft unter den Voraussetzungen einer gewandelten Nutzungsphilosophie – Zeithorizont 2020.

In jeder Stadt/Stadtregion werden zwei Planspielvarianten simuliert. Dabei entwickeln Vertreter und Vertreterinnen aus Verwaltungen, Immobilienwirtschaft, Industrie, Gewerbe, Handel und anderen hierbei relevanten gesellschaftlichen Gruppen mit Unterstützung der Forschungsgruppe vor Ort stadtregionale Strategien einer anzustrebenden Flächenkreislaufwirtschaft.

Die Ausschreibung der Planspiele richtet sich an alle Städte und Gemeinden (auch Samtgemeinden, Amtsgemeinden usw.) sowie Landkreise. Ausdrücklich erwünscht sind die gemeinsame Bewerbung mehrerer Gemeinden sowie die Beteiligung von Klein- und Mittelstädten. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Stadtumlandes für eine Flächenkreislaufwirtschaft sind insbesondere auch Stadt-Umland-Verbände (Nachbarschafts-, Stadt-, Großraum-, Kommunal- und Planungsverbände) sowie andere interkommunale oder regionale Organisationen zur Teilnahme aufgerufen.

Jede der fünf auszuwählenden Städte/Stadtregionen erhält für die Teilnahme an den Planspielen pauschal 10 000 Euro und wird vom Forschungsteam durch Vor-Ort-Experten sowie Moderation unterstützt.

	<p>Im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung schreibt das Deutsche Institut für Urbanistik im Rahmen des Forschungsvorhabens Experimenteller Wohnungs- und Städtebau „Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung – Fläche im Kreis“ die</p> <p>Beteiligung an Planspielen zur städtischen/stadtregionalen Flächenkreislaufwirtschaft</p>
 <p>Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung</p>	<p>aus. Ziel der Planspiele ist es, Lösungen für eine städtische oder stadtregionale Flächenkreislaufwirtschaft zu finden. Dabei knüpfen die Planspiele (Laufzeit 12/04 bis 6/06) an konkreten Problemlagen der Städte und Stadtregionen an. Es sollen je zwei der drei Planspiel-Varianten erprobt werden: Status quo, Innovativer Instrumenteneinsatz zur Steuerung von Wachstumsprozessen oder zur Steuerung von Umbau- und Rückbauprozessen.</p> <p>Jede der fünf auszuwählenden Städte/Stadtregionen erhält für die Teilnahme an den Planspielen pauschal 10 000 Euro und wird vom Forschungsteam durch Vor-Ort-Expertisen und Moderation unterstützt. An der Ausschreibung können Städte und Gemeinden aller Größenklassen, Landkreise, Stadt-Umland-Verbände sowie andere interkommunale oder regionale Organisationen teilnehmen.</p>
	<p>Vollständige Bewerbungsunterlagen können bis zum 13. August 2004 per Post eingereicht werden:</p> <p>Deutsches Institut für Urbanistik, Forschungsgruppe „Fläche im Kreis“ Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin. Ansprechpartner: Thomas Preuß, Telefon: 030/39001-265/-291/-270.</p> <p>Detaillierte Informationen und Ausschreibungsunterlagen sind unter www.flaeche-im-kreis.de und www.bbr.bund.de abrufbar.</p>

Seminarbegleitende Bibliographien

Folgende Bibliographien sind zu Difu-Fortbildungsveranstaltungen neu erschienen bzw. weiterhin lieferbar:

Kommunikations- und Beteiligungsstrategien

Fachtagung des Difu und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften: Die Stadt und ihre Bürger, neue Kommunikations- und Beteiligungsstrategien, Berlin, 5.–6.5.2004, 60 S., Heft 6/04.

Strukturwandel in der Wasserwirtschaft

Fachtagung des Difu in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und dem Verband kommunaler Unternehmen: Liberalisierung in der Wasserwirtschaft, Köln, 3.–4.5.2004, 84 S., Heft 5/04.

Kommunale Kulturpolitik – neues Leitbild?

Seminar: Kommunale Kulturpolitik – auf dem Weg zu einem neuen Leitbild, Berlin, 19.–21.4.2004, 66 S., Heft 4/04.

Einzelhandel in der Stadt – zwischen Flächenboom und Geschäftsleerstand
Seminar: Berlin, 22.–24.3.2004, 66 S., Heft 3/04.

Kommunale Sicherheitspolitik

Seminar: Kommunale Sicherheitspolitik – Ansätze, Handlungsfelder, Erfahrungen, Berlin, 8.–10.3.2004, 68 S., Heft 2/04.

Gender Mainstreaming

Seminar in Kooperation mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung: Anforderungen und Erfahrungen, Berlin, 19.–20.1.2004, 60 S., Heft 1/04.

Finanzierung kommunaler Investitionen

Seminar: Alternative Finanzierungsinstrumente für kommunale Investitionen, Berlin, 8.–10.12.2003, 50 S., Heft 9/03.

Finanzierung des ÖPNV

Seminar: Finanzierung des ÖPNV: neue Strategien – neue Modelle, Berlin, 27.–29.10.2003, 50 S., Heft 8/03.

Weitere Informationen:

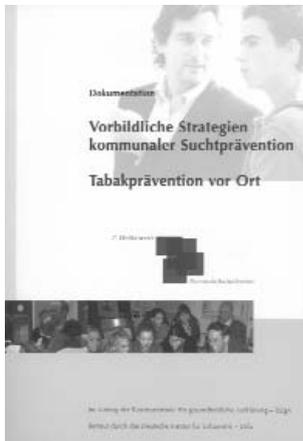
Dipl.-Ing. Heidrun Kunert-Schroth
Telefon: 030/39001-297
E-Mail: kunert-schroth@difu.de

Die Bibliographien kosten 8,- Euro pro Stück.
Sie können per Post, Fax oder Mail bestellt werden:

Bestellung:
Difu-Vertrieb
Postfach 120321
10593 Berlin
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253
Telefax: 030/39001-275

Zugangsberechtigte Verwaltungs- und Ratsmitglieder aus Zuwerderstädten können die seminarbegleitenden Bibliographien auch über das Difu-Extranet kostenlos herunterladen:
<http://www.difu.de/extranet/seminare/berichte/>.

Preisträger für „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ ausgezeichnet



In zeitlicher Nähe zum „Welt Nichtrauchertag“ wurden Ende Mai 2004 in Berlin 13 Kommunen für ihre vorbildlichen Beiträge, die sie im Rahmen des Wettbewerbs „Tabakprävention vor Ort“ eingereicht hatten, prämiert. Die Auszeichnungen wurden von Bundesministerin Ulla Schmidt, der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Marion Caspers-Merk, und der Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Dr. Elisabeth Pott, übergeben.

Das Difu betreute im Auftrag der BZgA auch diesen zweiten Wettbewerb zur kommunalen Suchtprävention, zu dem 47 Kommunen und mit ihnen kooperierende Einrichtungen Beiträge eingereicht hatten. Die Wettbewerbsbeiträge mussten in ihrem Konzept wenigstens zwei der folgenden drei Ziele berücksichtigen:

- den Einstieg in das Rauchen verhindern,
- den (frühzeitigen) Ausstieg aus dem Rauchen fördern,
- den Schutz vor Passivrauchen stärken.

Diese Ziele wurden durch zusätzliche Bewertungskriterien präzisiert: Vernetzung der Akteure, Verbindung von kommunikativen und strukturellen Maßnahmen, Wirkung der Maßnahmen in der Fläche, Langfristigkeit von Strategien und Maßnahmen, Evaluation, Beteiligung der Zielgruppen, geschlechtsspezifische Tabakprävention sowie Verankerung der Präventionsarbeit in der kommunalen Leitungsebene.

Tabakprävention ist für die Kommunen ein vergleichsweise neuer Schwerpunkt der Präventionsarbeit. Das wird auch daran deutlich, dass sich im Vergleich zum vorangegangenen Wettbewerb weitaus weniger Kommunen beteiligten. Dafür spricht auch, dass in vielen Kommunen Vorhaben zur Tabakprävention zwar geplant, aber eben noch nicht realisiert sind, wie es in den Auslobungsbedingungen gefordert worden war. Damit kommt dem Wettbewerb eine Pilotfunktion zu, der die Arbeiten der Schrittmacher einer breiteren (Fach-)Öffentlichkeit bekannt macht und vorstellt. Der weiteren Präventionsarbeit dient auch das Preisgeld in Höhe von insgesamt 60 000 Euro, das von der Jury auf die 13 Preisträger in etwa gleicher Höhe verteilt wurde.



Die Auszeichnungen wurden für drei Gruppen vergeben:

Kreisfreie Städte:

- Augsburg
- Bezirk Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Braunschweig
- Delmenhorst
- Heidelberg

Kreisangehörige Städte und Gemeinden:

- Gemeinde Umkirch
- Stadt Hannoversch-Münden
- Stadt Rietberg
- Verbandsgemeinde Bad Bergzabern

Landkreise:

- Altmarkkreis Salzwedel
- Landkreis Esslingen
- Landkreis Regensburg
- Ostalbkreis

Die Wettbewerbsbeiträge zeigen, dass zahlreiche Handlungsfelder für die Tabakprävention genutzt werden können. Stark besetzt ist das Handlungsfeld Schulen, in dem bereits eine gewisse Tradition der Ta-

bakprävention beobachtet werden kann. Hier ist auch die Anstoßwirkung bundesweiter Kampagnen wie „Be Smart – Don't Start“ ablesbar, die vor Ort zu einer Fülle von Anschlussprojekten genutzt werden können: Befragungen von Schülern zum Rauchverhalten können Sensibilisierungs- und Mobilisierungsfunktionen übernehmen. Daraus können Schülerprojekte entstehen, zum Beispiel die Überprüfung der Einhaltung der Auflagen der Tabakwerbung oder zum Automatenabbau. Auch Ausstiegshilfen durch Anti-Rauch-Kurse gehören zum sicher mühsamen Weg zur „Rauchfreien Schule“.

Vergleichsweise wenig Wettbewerbsbeiträge beziehen bisher das Handlungsfeld der Sportvereine ein. Hier könnten Jugendliche im Rahmen ihrer Freizeitaktivitäten ohne die ansonsten oft drohende Bevorzugung der Mittel- und Oberschicht („Mittelschichten-Bias“) von der Tabakprävention erreicht werden.

Von großer Bedeutung auch für die kommunale Tabakprävention ist die novellierte Arbeitsstättenverordnung. Seit dem



Weitere Informationen:

Dr.-Ing. Michael Bretschneider
Telefon: 030/39001-281
E-Mail: bretschneder@difu.de

Allgemeine Homepage:
<http://www.kommunale-suchtpraevention.de/>

Abruf der Dokumentation:
<http://www.kommunale-suchtpraevention.de/03-04/dokumentation/dokumentation-suchtpraevention-2003.pdf>

Jahr 2002 räumt § 3a ArbStättV jedem Arbeitnehmer das Recht auf einen Arbeitsplatz ein, an dem er vor den Gefahren des Passivrauchens geschützt ist. Damit sind die Kommunen als Arbeitgeber gefordert, für die Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Dieses Thema wird in mehreren Wettbewerbsbeiträgen aufgegriffen und dabei wird deutlich, dass es sich um ein konfliktreiches Handlungsfeld der Tabakprävention handeln kann. Oft stehen hinter den hierzu erarbeiteten Betriebsvereinbarungen harte Auseinandersetzungen, die neue Kooperationsformen erfordern.

Der Weg zum „Rauchfreien Rathaus“ mit einem Bündel von strukturellen und kommunikativen Maßnahmen bietet den Kommunen die Chance, vor Ort eine Vorbildfunktion zu übernehmen. Aus einigen Wettbewerbsbeiträgen wird jedoch auch sichtbar, dass private örtliche Betriebe und Unternehmungen durchaus nicht untätig auf dem Gebiet der Tabakprävention geblieben sind.

Ein weiteres Handlungsfeld steht den Kommunen mit dem „öffentlichen Raum“ zur Verfügung. Hier halten sie der Öffentlichkeit grundsätzlich frei zugängliche An-

lagen und Einrichtungen wie Straßen, Spielplätze, Parks und Grünanlagen vor. In mehreren Wettbewerbsbeiträgen wird das Thema aufgegriffen, wie die Plakatwerbung oder das Gebaren der Automatenwirtschaft bei der Aufstellung von Zigarettenautomaten auf gemeindeeigenen Grundstücken beeinflusst werden können. Vergleichsweise selten sind andererseits Beiträge, in denen das Thema „Rauchfreier Spielplatz“ behandelt wird.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs wurden vom Difu in der Dokumentation „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention – Tabakprävention vor Ort“ zusammengefasst. Der Band ist unter der Bestellnummer 33 930 000 kostenfrei erhältlich bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (E-Mail: order@bzga.de oder per Telefax: 0221/8992-257). Voraussichtlich wird die Reihe der Wettbewerbe zu „Vorbildlichen Strategien kommunaler Suchtprävention“ im kommenden Jahr fortgesetzt.

Die Beiträge aller Wettbewerbsteilnehmer können im Internet unter <http://www.kommunale-suchtpraevention.de/03-04/beitraege/> abgerufen werden.

Befreiung der Politik zu langfristigem Denken

Tagung mit Bundespräsident Johannes Rau im Berliner Ernst-Reuter-Haus



Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Heinrich Mäding

Am 26.5.2004 besuchte Bundespräsident Johannes Rau als Gastredner das Berliner Ernst-Reuter-Haus. Anlass war die Tagung „Befreiung der Politik zu langfristigem Denken“ der Bergischen Universität Wuppertal, Forschungsstelle Bürgerbeteiligung, auf der ausgehend vom Konzept der Planungszelle über eine problem-adäquate Umgestaltung politischer Kommunikationsprozesse referiert und diskutiert wurde. Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Heinrich Mäding und Prof. Dr. Peter Dienel begrüßten Bundespräsident Rau vor dem Ernst-Reuter-Haus.

Professor Mäding griff in seiner Begrüßungsrede das Thema „Bürgerbeteiligung und lokale Demokratie“ auf:

„Zu unserer lokalen Demokratie, die mit dem Namen „Kommunale Selbstverwal-

tung“ keine besonders mitreißende Bezeichnung trägt, gibt es keine grundlegende überlegene Alternative. Versuchte man, sich in einem Gedankenexperiment eine solche Alternative zur lokalen Demokratie auszudenken, würde man rasch scheitern: Es gibt örtliche Aufgaben und diese sollten von Personen vor Ort verhandelt und entschieden werden, nicht in Berlin, auch nicht in Düsseldorf oder München. Dafür sprechen Argumente der Effizienz, beispielsweise Sachkunde durch Ortsnähe, und der Präferenzberücksichtigung wie „Bürgernähe“ durch Ortsnähe. Fraglich ist jedoch, was genau zu diesen Aufgaben zählen sollte und wie eng, wie weit der Rahmen ist, der der „freien“ Entscheidung vor Ort gelassen wird.

Diese Personen vor Ort sind in langer Tradition gewählte Bürger im Rat, die ehren-

amtlich tätig sind, und professionell vorgebildete Angestellte, die in der Verwaltung beruflich arbeiten. Auch hierfür sprechen Argumente der Effizienz, hier die Sachkunde durch Verwaltung und der Präferenzberücksichtigung wie „Bürger-nähe“ durch Wahl und Wiederwahlstreben. Fraglich ist, wie sie sich untereinander diese Arbeit teilen und ob und wie dieses Zusammenwirken durch eine direkte Beteiligung der Bürger ergänzt werden kann, soll oder muss.“

Zum Verhältnis zwischen verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung und dem Rat führte Heinrich Mäding aus:

„Sogar im Bereich der Finanzwirtschaft wird unter der Formel „Bürgerhaushalt“ nach neuen Wegen einer breiteren Bürgerbeteiligung gesucht. Dennoch bleibt klar, dass es um die Entwicklung von Vorschlägen geht. Die letzte Entscheidung liegt beim Rat.“

Doch kann eine derart formelle Betrachtung auch täuschen. Auf Dauer gewinnt man Bürger zu aufwändiger Kommunikation, zu vielen ermüdenden Debatten nur dann, wenn deren Ergebnisse nicht einfach nur gedankliches Spielmaterial bleiben, mit dem der Rat tun und lassen kann, was er will. Sein Abweichen von weitgehend konsensueller Bürgerposition schafft neue Begründungszwänge, die Bürgerbeteiligung verteilt gleichsam die Beweislasten neu. Die Ergebnisse haben entscheidungsprägende Wirkung, vielleicht nicht in jedem Einzelfall, aber in der großen Mehrheit der Fälle.“

Resümee:

„Aufgabenspektrum und Autonomie, Handlungsraum und Handlungskraft der lokalen Gebietskörperschaften sind in Deutschland in den zurückliegenden Jahren geschrumpft, und es ist kein Ende dieses Prozesses in Sicht. Der Attraktivität, sich dort zu beteiligen, tut das nicht gut. Sorgenvoll befürchten Beobachter, dass davon ein Einfluss auf die Rekrutierung des politischen und administrativen Personals, eine Gefahr für seine Qualität, ausgehen kann. Zurzeit sieht es so aus, als sei der Rat, Inbegriff repräsentativer Demokratie auf der lokalen Ebene, der relative Verlierer, der – wenn seine Mitglieder sich nicht in die entstehenden intermediären Gremien einbringen – auch durch die direkten Beziehungen zwischen Verwaltung und Bürger gleichsam übersprungen wird.“

Abschließend sprach Heinrich Mäding die Geschichte des Ernst-Reuter-Hauses an:



Foto: Wolf-Christian Strauss

„Gebaut 1938/39 für den Deutschen Gemeindetag, die Zwangsvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände, ist es das einzige verbliebene architektonische Symbol der pompösen Selbstinszenierung und der Machtphantasien des nationalsozialistischen Staates an der von Speer geplanten Ost-West-Achse einer gedachten Welthauptstadt Germania. Diesem System fehlten nicht die leistungsfähigen Verwaltungsleute und nicht die Bürger, die mitmachten, sondern ihm fehlten Rechtsstaat und Demokratie, gerade auch lokale Demokratie. Das ist der unvergessene Hintergrund, vor dem nicht nur diese Tagung zu sehen ist, sondern auch die gesamte wissenschaftliche Arbeit des Deutschen Instituts für Urbanistik, das sich als Stütze versteht nicht nur für eine effektive Verwaltung, sondern für eine nachhaltige und demokratische lokale Politik.“

Weitere Informationen:

Prof. Dr. Heinrich Mäding
Telefon: 030/39001-214
E-Mail: maeding@difu.de



Foto: Wolf-Christian Strauss

Berlin und Brandenburg: Kooperation oder Fusion?

Difu-Kolloquium war gut besucht

Rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft diskutierten am 4. Juni 2004 anlässlich eines Kolloquiums im Ernst-Reuter-Haus über die Notwendigkeit und Perspektiven einer Länderfusion Berlin-Brandenburg. Ausgerichtet wurde die Veranstaltung vom Difu im Rahmen des „Kompetenzzentrums Stadt und Region Berlin-Brandenburg“, einer Arbeitsgemeinschaft raumwissenschaftlicher Institute und Forschungseinrichtungen der beiden Bundesländer.

Einleitend verwies Prof. Dr. Heinrich Mäding, Leiter des Difu, auf die Aktualität des Themas Länderfusion: Nach der gescheiterten Volksabstimmung von 1996 hatten sich Brandenburg und Berlin auf eine erneute Abstimmung im Jahre 2006 mit dem Ziel einer Vereinigung im Jahre 2009 verständigt – ein Zeitplan, der gerade vor dem Hintergrund der bevorstehenden Landtagswahl in Brandenburg von der Politik immer mehr in Frage gestellt wird.

Wie kompliziert der Weg zum Land Berlin-Brandenburg ist, machte Dr. Kai Wegrich von der Universität Potsdam in seinem Rückblick auf die Fusionsgeschichte deutlich. Die Diskussion werde durch die Gegensätze zwischen Ost und West sowie Stadt und Peripherie geprägt. Diese „doppelte Polarisierung“ sei im ersten Anlauf nicht ausreichend beachtet worden. Vielmehr sei die Wahrnehmung dieser Gegensätze in der Bevölkerung durch die öffentlichkeitswirksame Aufbereitung der Verteilungskonflikte bei den Verhandlungen um das gemeinsame Vertragswerk noch verstärkt worden.

Über die guten Gründe einer Länderfusion bestand unter den zahlreichen Referenten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung weitgehend Einigkeit. Neben einer

Reduzierung der Verwaltungskosten wurden vor allem die Möglichkeiten einer besseren Koordination der räumlichen Entwicklung, insbesondere der Stadt-Umland-Verflechtungen im Großraum Berlin, sowie die verbesserte wirtschaftliche Position eines gemeinsamen Bundeslandes in der internationalen Standortkonkurrenz hervorgehoben. An Beispielen wie der Biotechnologie, der Entwicklung von Einzelhandelsflächen aber auch der Bevölkerungsentwicklung konnte verdeutlicht werden, welche enge stadregionale Verflechtungen bereits heute bestehen.

Die Darstellung der räumlichen Entwicklungen zeigte, dass sich aus landesplanerischer Sicht die Problemlagen seit dem ersten Fusionsversuch noch verschärft haben: Sowohl Berlin als auch die Brandenburger Städte verlieren in großem Umfang Einwohner an ihre Umlandgemeinden. Gleichzeitig setzt sich die Abwanderung aus den peripheren Gebieten Brandenburgs fort. Insofern habe das regionalplanerische Leitbild einer „dezentralen Konzentration“ bisher nicht umgesetzt werden können.

In mehreren Beiträgen sowohl aus Wissenschaft als auch aus der Praxis wurden die Chancen eines gemeinsamen Bundeslandes für die wirtschaftliche Entwicklung ausgelotet. Es biete die Möglichkeit, die aktuell noch stark divergierenden wirtschafts- und strukturpolitischen Konzepte der beiden Länder durch eine schlüssigere Programmatik zu ersetzen. Die internationale Wahrnehmung des gesamten Metropolraums könnte gesteigert werden, mit positiven Auswirkungen nicht nur für Berlin und sein Umland, sondern auch für die peripheren Gebiete. Auf der Unternehmensebene würden – wie etwa aus Sicht der IHK unterstrichen wurde – die Voraussetzungen für optimale Standortentschei-





dungen verbessert, da bisherige Uneinheitlichkeiten, etwa im öffentlichen Bau-recht, entfielen.

Die Berichte aus der Verwaltungspraxis machten deutlich, dass der aktuelle Weg der Kooperation über Staatsverträge und Verwaltungsvereinbarung mühsam und zeitaufwändig ist. Neben der gemeinsamen Landesplanung gebe es allerdings bereits zahlreiche Politikfelder, in denen Kooperationen in Gang gesetzt werden konnten: beim ÖPNV, beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder im Bildungswesen. „Das Kooperationsniveau liegt schon jetzt über dem anderer Regionen“, so Joachim Künzel von der Senatskanzlei Berlin. Eine Zusammenarbeit in weiteren Feldern werde gegenwärtig verhandelt, etwa über eine gemeinsame Wirtschaftsförderung. Für Michael Bode von der Senatskanzlei Brandenburg ist die aktuelle Diskussion um die Zusammenlegung der Berliner und Brandenburger Obergerichte ein Beispiel dafür, dass gerade die kooperationsbedingten Standortfragen konfliktträchtig sind. Somit seien für erfolgreiche Kooperationen oftmals themen- und ressortübergreifende Paketlösungen gefordert, die nur schwierig zu erreichen seien.

In mehreren Statements wurde auf die finanzpolitischen und institutionellen Hindernisse einer Länderfusion hingewiesen. Die privilegierte Stellung des Landes Berlins als Stadtstaat im Länderfinanzausgleich droht bei einer Länderfusion verloren zu gehen, was massive Einnahmeverluste für das gemeinsame Bundesland zur Folge hätte, erläuterte Dr. Dieter Vesper vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Gerade vor dem Hintergrund der angespannten öffentlichen Haushalte in Berlin und Brandenburg müssten hierzu Sonderregelungen durch den Bund getroffen werden. Eine weitere

Anstrengung auf Landesebene würde die Integration der Stadt Berlin in den kommunalen Finanzausgleich Berlin-Brandenburgs erfordern.

Die rechtliche Stellung der Stadt Berlin in einem vereinten Bundesland war ein weiterer Diskussionspunkt. Dabei wurde deutlich, dass eine Einheitsgemeinde Berlin als „kreisfreie Stadt“ gerade von Berliner Seite als problematisch angesehen wurde. Zum einen sei für regionalplanerische Zusammenhänge ein weiterer räumlicher Umgriff erforderlich. Zum anderen müssten gerade für die Kooperation mit dem Umland die Bezirke größere Entscheidungskompetenzen bekommen.

Die notwendige Begeisterung für das Fusionsprojekt in der Politik schätzte Prof. Dr. Manfred Röber von der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin eher skeptisch ein. Im Schatten der gescheiterten Fusion dominierten in der Landespolitik unter den Akteuren eher „Misserfolgsmeider“ denn „Erfolgsucher“. Auch der Rückhalt in der Bevölkerung sinke seit 2002 kontinuierlich, wie wissenschaftliche Untersuchungen zeigten.

In der lebhaften und engagierten Diskussion wurde auch vor dem Erfahrungshintergrund anderer deutscher Metropolregionen unterstrichen, dass die Kooperation über Projekte einen sinnvollen Weg darstelle, um das für den Vereinigungsprozess notwendige Vertrauen zu schaffen. Dies gelte für die Spitzen von Politik und Verwaltung genauso wie für die Bevölkerung. In diesem Sinne – so der Tenor der Debatte – gelte es, das Veranstaltungsmotto umzuformulieren: nicht „Kooperation oder Fusion“, sondern „Kooperation und Fusion“ sei die geeignete Strategie für das zukünftige Verhältnis von Berlin und Brandenburg.

Weitere Informationen:

Prof. Dr. Heinrich Mäding
Telefon: 030/39001-215
E-Mail: maeding@difu.de



Lange Nacht der Wissenschaften 2004



Gut 500 interessierte Besucher waren am 12.06.2004 beim Deutschen Institut für Urbanistik im Ernst-Reuter-Haus zu Gast und machten die erstmalige Teilnahme bei der „Lange Nacht der Wissenschaften“ zu einem vollen Erfolg.

Bis in die frühen Morgenstunden wurde lebhaft referiert und diskutiert, kurz – die städtische Nacht zum Tag gemacht.



Auch das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), für eine demokratische, gesellschaftliche Selbstorganisation, unabhängig vom Staat und außerhalb des Marktes eintretend, und die Senatsbibliothek Berlin (Sebi) hatten eingeladen und gewährten Einblicke in ihre Arbeit. Die Sebi öffnete auch nachts ihr komplettes Serviceangebot, ermöglichte einen Besuch in der Werkstatt des Hausbuchbinders und ließ die nächtliche Bibliotheksnutzung mit „Jazz im Magazin“ untermalen.

Auch das Projekt „Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime“, eine bibliographische Sammlung von über 12 000 Personen des damaligen zivilen oder militärischen Widerstands, war im Ernst-Reuter-Haus vertreten. Man hatte hier die Möglichkeit, nach erfassten Widerständlern zu suchen und einzelne Biografien ausdrucken zu lassen.

Alle an diesem Premierenabend vertretenen Einrichtungen ließen kaum eine Frage



der Besucherinnen und Besucher unbeantwortet und trugen zum Erfolg der „Lange Nacht“ bei.

Die Angebote der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Difu reichten von Kurzpräsentationen zu verschiedensten Themengebieten und Forschungszweigen des Instituts, Fotopräsentationen, Kurzfilmen über das Leben in urbanen Lebensräumen bis hin zu einem Städtequiz. Auch für die kleinen Stadtbewohner wurde gesorgt und mit der Kindermalecke, Stadtspielen oder der Bauecke ein abwechslungsreicher Abend gestaltet.

Ebenso begeistert angenommen wurden die Architekturführungen durch das Ernst-Reuter-Haus und Ausführungen über seine mehr als 65-jährige wechselvolle Geschichte.

Die 15 – 20minütigen Kurzvorträge der Difu-Wissenschaftler fanden in erster Linie das Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger und sorgten bis weit in die Nacht für engagierte Diskussionen.



Kaum verwunderlich bei diesen Themen, die fast jeden betreffen:

- Welche Auswirkungen hat der Bevölkerungsrückgang auf die Städte?
- Wie sieht die Stadt der Zukunft aus?
- Sterben die Innenstädte aus – verlagert sich der Einkauf auf die Grüne Wiese?
- Entwickeln wir uns zu einer „Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft?“
- Wem gehört das Wasser – wie weit geht die Privatisierung?
- Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Städte?
- Wie können Bürgerinnen und Bürger sich engagieren und einmischen?
- Wie wird die Stadt auch in benachteiligten Quartieren zur sozialen Stadt?
- Wie bringt man Mobilität und Umweltschutz unter einen Hut?



für die Entwicklung und Zukunft der Städte von Morgen zentral und entscheidend angesehen. Denn wenn Städte und Kommunen schrumpfen, geht dies an die Substanz – wirtschaftlich, baulich und sozial. Viele Experten gehen davon aus, dass der Bevölkerungsrückgang bis 2015 kaum eine Stadt mehr verschonen wird – weder im Osten, noch im Westen. Somit hat das Modell einer auf Ausdehnung und Wachstum konzentrierten Kommune ausgedient, und die Zukunft vieler urbaner Zentren wird im Schrumpfen liegen.

Ein Punkt, dessen Diskussion daraus fast zwangsläufig folgte, war die Form der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden und Möglichkeiten sich für „ihre“ Stadt einzusetzen. Beispiele dazu wurden auch von Mitarbeitern des „Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement“ genauer ausgeführt.



Für die Intensität der an diesem Abend zunehmend im Dialog ausgetragenen Begegnungen von Wissenschaftlern und Besuchern sprach sicher die Tatsache, dass die sich teilweise wechselseitig ergänzenden Kurzpräsentationen im Laufe des Abends aus Zeitgründen nicht komplett – wie zu Beginn geplant – ein weiteres Mal wiederholt werden konnten.

Einige Themen kristallisierten sich zunehmend als Publikumsmagnete heraus, so dass die Referenten mitunter von Zuhörern umlagert waren und den oft jungen Wissbegierigen detailliert Rede und Antwort standen.

In der Debatte wurde beispielsweise auch deutlich, dass die Schwerpunkte Globalisierung oder Demographie mehr sind als gesellschaftliche Allgemeinplätze. Vielmehr werden sie von den Menschen als

An diesem Abend wurde auch klar, dass



Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-208/209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

<http://www.difu.de/presse/040720/>

<http://www.langenachtderwissenschaften.de/>



die Realität in vielen benachteiligten Quartieren Berlins schon Einzug gehalten hat, was Lebensqualität, Zukunftsperspektiven oder Lebenserwartung angeht.

Trotzdem erstaunte der in dieser Form von vielen wohl nicht erwartete, aber unmittelbare und empirisch nachgewiesene Zusammenhang zwischen sozialem Status, urbanem Wohnumfeld und Sterblichkeit.

Ob wir in naher Zukunft rund um die Uhr einkaufen gehen können, wenn wir wollen, und ob die Verlagerung der Einkaufsflächen in suburbane Gebiete weiter vorangetrieben wird, war eine der weiteren, mitunter leidenschaftlich diskutierten Fragen.

Auch Fragen zu Nutzen oder zu Risiken weiterer Privatisierungen öffentlicher Güter und sich daraus ergebende oder zu erwartende Konsequenzen für die städtische Entwicklung wurden angesprochen.

Insgesamt wurde ein enormes Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger an urbanen Zukunftsfragen im Allgemeinen und Ausichten der Stadtentwicklung der Metropole Berlin im Besonderen deutlich.

Bei soviel Aufmerksamkeit scheint der Auftritt des Deutschen Instituts für Urbanistik bei der „5. Langen Nacht der Wissenschaften“ im nächsten Jahr eine wei-

tere Möglichkeit, Forschung und Kommunikation der Ergebnisse optimal verbinden und der interessierten Öffentlichkeit komprimiert vorstellen zu können.

Fotos und allgemeine Impressionen dieses gelungenen Abends, wie auch die Ergebnisse des Städtequiz und des Kindermalwettbewerbs, finden sich im Internet unter www.difu.de.



Bildung, Migration und Jugendhilfe

18. Jugendhilfe-Jahrestreffen in Wiesbaden 14.6.04

Das auf den süddeutschen Raum orientierte Werkstattgespräch (mit 20 Teilnehmern aus zwölf Städten) konzentrierte sich auf die Frage, wie junge Menschen auch jenseits der Schule Bildungschancen wahrnehmen können. Die Unterscheidung in formale und non-formale oder informelle Bildung verweist auf die unterschiedlichen Angebote wie: Schule, Kindertageseinrichtung, Jugendfreizeiteinrichtung, Familie, Medien, Arbeitsstätten – soziale Orte also, an denen Bildung heute mehr oder weniger intensiv und direkt stattfindet. Die in Jugendhilfeprogramme von Erziehung, Betreuung oder Förderung zunehmend integrierten Bildungselemente oder -Bausteine sind aber auch Anlass, Kinder- und Jugendeinrichtungen insgesamt auf ihre Konzeption hin zu überprüfen. Qualitätsstandards, Qualitätsmanagement und Evaluationen geben der laufenden Bildungsdebatte neue Impulse. Auch die Bundespolitik ergreift gerade neue Initiativen, die für alle Typen von Kindertageseinrichtungen eine deutliche Aufwertung bringen sollen.

Die Erweiterung des Nationalen Bildungsberichts auf die vor- und außerschulischen Bildungsbereiche – durchgeführt durch das Deutsche Jugendinstitut – hat vergleichbare Anstrengungen auf Landesebene (Bayern) und kommunaler Ebene (Wiesbaden) ausgelöst. In der Veranstaltung wurde der Ansatz des kommunalen „Sozialberichts zur Bildungsbeteiligung“ dargestellt; der Beitrag aus Wiesbaden präsentierte dazu unter anderem die notwendigen Indikatoren, Datenquellen und eigene Erhebungen, zentrale Fragestellungen für die Wirksamkeit von Schulvorbereitenden und Schulbegleitenden Angeboten sowie Zielfelder einer kommunalen Bildungspolitik.

Das Thema Migration wurde fokussiert nicht nur auf die Teilnahme von Kindern an Angeboten in Kindertageseinrichtungen, sondern auch auf die Einbeziehung der Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund (Elternschulen, Mütterschulen). Wer eine Integration von Kindern und Jugendlichen in die Gesellschaft durch Bildungsteilnahme fördern will, muss die Mütter für Sprachförderungsangebote gewinnen – so lautete eines der zentralen Statements.

Berichte aus Karlsruhe zeigten, dass die Beteiligung von Eltern und insbesondere Müttern ausgesprochen schwierig ist, weil mit dem Fehlen von Sprachkenntnissen unüberwindliche Hürden bestehen. Selbst wenn muttersprachliche Gesprächsleiter und Werbemittel in der Sprache von Migranten eingesetzt werden, ist die Schwellenangst vor den Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu groß, Sprachförderung wird nur schwer angenommen.

Sprachförderung war deshalb auch das Thema im zweiten Teil der Veranstaltung; es ging darum, Ansätze und Qualitätsstandards für Erziehung und Bildung in Kindertageseinrichtungen zu definieren und die Wirksamkeit von Maßnahmen für eine Verbesserung der Bildungsbeteiligung etwa von Migrantenkindern zu messen.

Die instrumentellen Hilfen, die erforderlich sind, um zu einer Aussage über Bedarf und Inanspruchnahme von Angeboten zu kommen, wurden mehrfach beleuchtet: mit den Beiträgen über die Umfrage zur Qualität der Kooperation von Kindertageseinrichtung und Schule (Kaiserslautern), über die Erhebung im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen (Mannheim) und die Erstellung des Sozialberichts zur Bildungsbeteiligung (Wiesbaden).

Verstärkte kommunale Bildungsförderung kostet mehr – hier zeigten sich auch die kleineren Mitgliedsstädte kreativ bei der Beschaffung von Mitteln (Sponsoren), und es bestätigte sich, dass die Pisa-Studie einen heilsamen Schock bewirkt hat, da nun Fachleute und Politiker auf allen Ebenen und aller Parteien anfangen, innovative Ideen zu entwickeln. Ziel der vorschulischen Erziehungseinrichtungen ist es derzeit, sich als kommunale Bildungsträger zu definieren, die ähnlich gefördert werden müssen wie die Schule. Dies bedeutet nicht Leistungsreduzierung und Kostenminimierung; mehr Leistungstiefe sowie Förderung und Anerkennung der Tätigkeiten im Erziehungsdienst müssen vielmehr das Ziel sein.

I M P R E S S U M
I M P R E S S U M

„Berichte“ – Informationen über Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

ISSN 1439-6343, Jahrgang 30

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion

Kai Gudra (Praktikant)
Cornelia Schmidt
Danielle Steirat (Praktikantin)
Sybille Wenke-Thiem (v.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Eva Hernández
Elke Postler

Buchbestellungen bitte nur schriftlich an:

Telefax: 0 30/3 90 01-275
E-Mail: verlag@difu.de
Telefon: 0 30/3 90 01-253/-256

Redaktionskontakt und Berichtervertreiter

Difu-Pressestelle
Telefon: 0 30/3 90 01-208/-209
Telefax: 0 30/3 90 01-130
E-Mail: presse@difu.de

E-Mail-Newsletter-Abo

<http://www.difu.de/difu-news>
Internet: <http://www.difu.de>

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Druck

Druckerei Wilhelm Schwarz KG
Die Difu-Berichte werden auf
100 Prozent Altpapier gedruckt.

Abdruck

Frei – Belegexemplar erbeten

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Heidrun Kunert-Schroth
Telefon: 030/39001-297
E-Mail: kunert-schroth@difu.de

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- __Expl. **ÖPNV im Wettbewerb**
Management-Planspiel in der Region Berlin
Von Tilman Bracher, Volker Eichmann, Gerd Kühn und
Michael Lehmbrock
2004. Bd. 39. 248 S.,
56 Abb., 7 Tab., 27,- Euro
ISBN 3-88118-364-7
- __Expl. **Interkommunale Kooperation in baden-
württembergischen Stadtregionen**
Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg
Von Werner Heinz, Paul von Kodolitsch, Nicole Langel
und Michael Reidenbach
2004. Bd. 38. 228 S., 25,- Euro
ISBN 3-88118-357-4
- __Expl. **Liberalisierung und Privatisierung kommunaler
Aufgabenerfüllung**
Hrsg. von J. Libbe, S. Tomerius und J.-H. Trapp
2002. Bd. 37. 260 S., 28,- Euro
ISBN 3-88118-333-7

- __Expl. **Privatisierung in Kommunen – eine Auswertung
kommunaler Beteiligungsberichte**
Von Jan-Hendrik Trapp und Sebastian Bolay
Bd. 10/2003. 56 S., 15,- Euro, ISBN 3-88118-349-3
- __Expl. **Kommunale Abfallwirtschaft – aktuelle Trends und
Handlungsperspektiven**
Hrsg. von Otto Huter und Gerd Kühn
Bd. 9/2003. 198 S., 20,- Euro, ISBN 3-88118-347-7

Materialien

- __Expl. **Flächenrecycling – Projektmanagement und
Marketingstrategien**
Dokumentation des 2. deutsch-amerikanischen Work-
shops „Auf dem Weg zu wirtschaftlichem Flächen-
recycling – Projektmanagement und Marketingstrate-
gien“
Hrsg. von Stephan Tomerius u.a.
Bd. 4/2004. 174 S., 20,- Euro, ISBN 3-88118-363-9
- __Expl. **Monitoring und Bauleitplanung – Neue Herausfor-
derungen für Kommunen bei der Überwachung von
Umweltauswirkungen**
Hrsg. von Arno Bunzel, Franciska Frölich und Stephan
Tomerius
Bd. 3/2004. 148 S., 18,- Euro, ISBN 3-88118-362-0
- __Expl. **Hauptprobleme der Stadtentwicklung und
Kommunalpolitik 2003**
Von Michael Bretschneider
Bd. 2/2004. 110 S., 18,- Euro, ISBN 3-88118-361-2
- __Expl. **Förderung von Wohneigentum in deutschen Städten**
Von Claus-Peter Echter und Hasso Brühl
Bd. 1/2004. 164 S., 20,- Euro, ISBN 3-88118-358-2
- __Expl. **Konfliktfeld Mobilfunk – Kommunale
Handlungsspielräume und Lösungsstrategien**
Hrsg. von Cornelia Rösler
Bd. 11/2003. 182 S., 20,- Euro, ISBN 3-88118-359-0

Sonderveröffentlichungen

**2. Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien
kommunaler Suchtprävention“
Tabakprävention vor Ort**
September 2003 bis Mai 2004. Dokumentation
Hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag
der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
2004. 164 S., 3 Abb., 5 Übers., kostenlos
Vertrieb ausschließlich durch die BZgA
E-Mail: order@bzga.de
Fax: 0221/8992-257
Bestellnummer: 33 930 000

- __Expl. **Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit**
Kongressdokumentation
Hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik
2004. 215 S., Euro 15,-, ISBN 3-88118-366-3

Aktuelle Information

- __Expl. **Raus aus der Stadt?**
Zur Erklärung und Beurteilung der Suburbanisierung
Von Heinrich Mäding
2004. 12 S., 5,- Euro
- __Expl. **Das gebäudebezogene Baunebenrecht des Bundes –
Vorschläge zur Vereinfachung und Vereinheitlichung**
Von Gerd Schmidt-Eichstaedt und Rolf-Peter Löhner
2003. 8 S., 5,- Euro

Zeitschriften

- __Expl. **Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**
Halbjahresschrift, Heft II/2003: „Arbeit in der Stadt“
124 S., Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte)
35,- Euro, ISSN 1617-8203
- __Expl. **Informationen zur modernen Stadtgeschichte**
Halbjahresschrift, Heft II/2003: „Stadt am Wasser“
100 S., Einzelpreis 10,- Euro, Jahresabo (2 Hefte)
16,- Euro, ISSN 0340-1774

- Bitte senden Sie mir ein Verzeichnis aller lieferbaren Difu-Publikationen zu (kostenfrei).
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei 2-3 Mal im Monat).

Vorname und Name: _____

Dienststelle/Institution: _____

Adresse: _____

Telefon/Telefax: _____

E-Mail: _____

Datum/Unterschrift: _____